

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

05.01.2024

Inhalt

EWN

1 „Unsinnige Castortransporte stoppen“ <i>die tageszeitung, 05.01.2024</i>	3
2 Gerät sichere Entsorgung ins Hintertreffen? <i>BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN Karlsruhe, 05.01.2024</i>	5

die tageszeitung | 05.01.2024 | S. 9

Auflage: 44.634 | Reichweite: 313.141

Andreas Wyputta

„Unsinnige Castortransporte stoppen“

Unnötig und gefährlich seien die in Nordrhein-Westfalen geplanten Atommülltransporte, sagen BUND-Landesvize Kerstin Ciesla und Anti-AKW-Aktivist Matthias Eickhoff

taz: Frau Ciesla, Herr Eickhoff, Umweltverbände und Anti-Atom-Initiativen protestieren in NRW seit Monaten gegen die offenbar in diesem Jahr geplanten Castortransporte vom rheinischen Jülich ins münsterländische Ahaus. Warum?

Kerstin Ciesla: Weil die Transporte gefährlich sind. Es geht um hochradioaktiven Atommüll aus dem Reaktor des ehemaligen Kernforschungszentrums Jülich, der zwei Jahre lang fast jede Woche auf mehr als 170 Kilometern über Autobahnen mitten durch die am dichtesten besiedelten Regionen Nordrhein-Westfalens gefahren werden soll – etwa durch den Düsseldorfer Flughafentunnel oder über die marode „Berliner Brücke“ der A59 mitten in meiner Heimatstadt Duisburg. Dabei könnte jede Beschädigung der Castoren zum Austritt von Radioaktivität führen.

Matthias Eickhoff: Außerdem ist der Atommüll im Zwischenlager Ahaus kein bisschen sicherer als in Jülich.

Das müssen Sie erklären. Eickhoff: Das Zwischenlager Ahaus ist fast 40 Jahre alt. Den heutigen Sicherheitsstandards entspricht es längst nicht mehr. Etwa gegen Flugzeugabstürze ist es nicht gesichert. Außerdem gibt es dort im Gegensatz zu Jülich keine „heiße Zelle“, in der defekte Castorbehälter repariert werden könnten. Dazu kommt: Die Genehmigung des Zwischenlagers Ahaus läuft 2036 aus – und die ersten Jülicher Castorbehälter werden schon 2032 ans Ende ihrer 40-jährigen Lebenszeit kommen. Das bedeutet: Wer heute Atommüll nach Ahaus karrt, kann gleichzeitig schon den Abtransport beantragen – zurück nach Jülich oder wohin auch immer.

Wieso sollen die Castoren dann überhaupt nach Ahaus?

Ciesla: Auch in Jülich liegt der Atommüll in einem Zwischenlager. Dessen Betriebsgenehmigung ist aber schon 2013 ausgelaufen. 2014 hat Nordrhein-Westfalens einstiger SPD-Wirtschaftsminister Garrelt Duin dann die „unverzügliche Räumung“ des Zwi-

schlenlagers Jülich angeordnet – wegen angeblicher Erdbebengefahr.

Wieso angeblich?

Ciesla: Weil das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung 2022 zu der Einschätzung gekommen ist, dass es für den Atommüll keine Gefahr durch Erdbeben gibt. Der Öffentlichkeit mitgeteilt wurde das aber erst im Oktober 2023 – vom NRW-Wirtschaftsministerium als Atomaufsicht, das von der grünen Vize-Ministerpräsidentin Mona Neubaur geführt wird.

Was fordern Sie von ihr?

Eickhoff: Das sie die unsinnigen geplanten Castortransporte stoppt und wie im schwarzgrünen Koalitionsvertrag versprochen für den Neubau eines neuen Zwischenlagers in Jülich sorgt, das den heutigen Sicherheitsanforderungen entspricht.

Neubaur argumentiert, die Entscheidung liege nicht bei ihr, sondern bei der Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen, kurz JEN. Die wiederum verfolge alle Optionen, sowohl Transporte nach Ahaus wie den Bau eines neuen Zwischenlagers in Jülich.

Ciesla: Das stimmt aber ganz offensichtlich nicht. Obwohl die Genehmigung der Atommülllagerung in Jülich schon 2013 ausgelaufen ist, hat die JEN bis heute keinen Antrag auf Bau eines neuen Zwischenlagers gestellt. Nicht umsonst sind bereits Probetransporte ohne radioaktives Material von Jülich nach Ahaus gerollt – der letzte als „Kalthandhabung“ genannte Generalprobe unter Beteiligung der NRW-Atomaufsicht.

Eickhoff: Um es klar zu sagen: Mit dem Argument, die Entscheidung über die Zukunft des Atommülls liege bei der JEN und die verfolge weiterhin zwei Optionen, wird der Öffentlichkeit Sand in die Augen gestreut. Die JEN ist schließlich keine gewöhnliche Firma.

Sondern?

Eickhoff: Die JEN wird vom FDP-geführten Bundesforschungsministerium finanziert – und von Neubaurs NRW-Wirtschaftsministerium. Im JEN-Aufsichtsrat ist außerdem das Bundesfinanzministerium von Christian Lindner vertreten.

Die JEN sagt, der Transport nach Ahaus sei 25 Millionen Euro billiger als ein auf 100 Millionen Euro geschätzter Neubau in Jülich. Das Finanzministerium dürfte davon in Zeiten knappster Kassen ziemlich angetan sein, oder?

Ciesla: Es ist ein schlechter Witz, dass plötzlich mit der Finanzierung argumentiert wird. Der Jülicher Hochtemperaturreaktor hat Hunderte Millionen Euro Steuergeld verschlungen – und jetzt, wo es um die Sicherheit von Millionen Menschen im am dichtesten besiedelten Bundesland geht, sollen auf einmal Kosten eine Rolle spielen. Aber selbst das Bundesumweltministerium kommt inzwischen auf mindestens 100 Millionen Euro für den reinen Transport. Da wurden die massiven Polizeikosten noch gar nicht eingerechnet – und die können sich schnell auf einen zwei- bis dreistelligen Millionenbetrag summieren.

Eickhoff: Noch einmal: Wir reden über rund 300.000 hochradioaktive Brennelemente, die in 152 Castoren lagern – und die möglicherweise über Jahre in gefährlichen Autobahn-Einzelfahrten mitten durch die Landeshauptstadt Düsseldorf und durch das Ruhrgebiet gekarrt werden sollen. Deshalb fordern wir von der gesamten schwarzgrünen Landesregierung, also von CDU und Grünen, dass sie diese unsinnigen und unnötigen Transporte verhindert.

Steht das überhaupt in der Macht der Landesregierung?

Eickhoff: Eindeutig ja. Das Land NRW hat alle Fäden in der Hand. Die Landesregierung kann die Anordnung zur „unverzöglichen Räumung“ des Jülicher Zwischenlagers, die Ex-Wirtschaftsminister Duin 2014 angeordnet hat, jederzeit zurücknehmen. Dafür ist allein das Land und in Person konkret die amtierende grüne Wirtschaftsministerin Neubaur zuständig. Und ohne diese Räumungsanordnung gäbe es keine Notwendigkeit für die Atommülltransporte von Jülich nach

Ahaus.

Ciesla: Mona Neubaurs Argumentation, ihr seien die Hände gebunden und die Entscheidung über die Transporte liege bei der JEN, grenzt an Desinformationspolitik. Als Chefin der NRW-Atomaufsicht kann sie jederzeit eine befristete Duldung für das bisherige Zwischenlager Jülich aussprechen. Damit wäre Ahaus als Option hinfällig. Und dann muss sie endlich zu einem Spitzengespräch einladen und Vertreter:innen der Bundesministerien für Umwelt, Forschung und Finanzen sowie der JEN an einen Tisch bringen, um möglichst schnell den Bau eines neuen, nach aktuellen Standards gesicherten Zwischenlagers in Jülich anzugehen. Es ist ein Skandal, dass es seit 10 Jahren kein einziges solches Spitzengespräch gegeben hat.

Was tun Umweltverbände und Anti-Atom-Initiativen, wenn die Atommülltransporte dennoch rollen?

Ciesla: Zu massiven Demonstrationen entlang der Transportstrecke aufrufen, bereits am 14. Januar in Ahaus – gemeinsam mit Landwirt:innen vor Ort. Außerdem klagt die Stadt Ahaus noch vor dem Oberverwaltungsgericht Münster. Nicht einmal diese Entscheidung wollen Bund und Land abwarten.

Hat die Anti-Atom-Bewegung denn überhaupt noch die Mobilisierungsfähigkeit, genug Leute auf die Straße zu bringen, damit die Proteste zu einem politischen Problem werden?

Ciesla: Ein Transport quer durchs Ruhrgebiet wird mit Sicherheit ein Politikum. Gerade Social Media ermöglicht uns eine viel schnellere und größere Mobilisierung als etwa 1998 – und da haben wir allein in Ahaus mehr als 10.000 Menschen auf die Straße gebracht.

Eickhoff: Wenn die Castoren wirklich rollen sollten, wird es massive Proteste geben, auch von Landwirt:innen. Die haben bereits gegen die Probetransporte demonstriert. Viele Menschen beginnen gerade zu verstehen, welche gefährliche Fracht da an ihnen vorbeirollen soll. Deshalb verstehe ich auch die Zögerlichkeit der schwarzgrünen Landesregierung nicht: Die Atomfrage galt doch als befriedet – umso unverantwortlicher ist es, alte Gräben wieder tief aufzureißen.

Gerät sichere Entsorgung ins Hintertreffen?

Atom-Behörden-Chef König sieht neu aufkeimende Atomdebatten als Folge von Unwissenheit

Berlin (dpa). Die Gemütslage von Atom-Behörden-Chef Wolfram König könnte kurz vor dessen Karriereende gespalten kaum sein. Nach rund einem Vierteljahrhundert in Verantwortung beim Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) und dem Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) geht der 65-Jährige Ende Januar in Ruhestand. Doch viele aktuelle Debattenbeiträge in Sachen Atomkraft und Atom-müll erinnern nicht nur ihn an Aussagen aus längst vergangenen Zeiten.

„Wir müssen den zunehmenden Verlust eines Konsenses bei der Atomenergie konstatieren“, sagt König der Deutschen Presse-Agentur. Damit wachse die Gefahr, dass die sichere Entsorgung der atomaren Hinterlassenschaften weiter ins Hintertreffen gerate. Der gebürtige Lübecker hat seit 2016 als Chef des BASE und zuvor von 1999 bis 2017 als Präsident des BfS eine Schlüsselrolle in der Atompolitik inne.

Das Thema sei leider schwer zu vermitteln, wenn man sich ernsthaft den Problemen stelle, betont König. „Populistische Parolen haben es dagegen einfach – also mit Atomenergie würden die Preise sinken, oder mit Technologieoffenheit erledigen sich die Probleme mit dem Atom-müll von selbst.“ Es sei das Wesen der Demokratie, dass die Gesellschaft sich immer wieder neu über den richtigen Weg vergewissere. „Ich hoffe, sie ist klug genug, alte Fehler nicht zu wiederholen.“

Als Behördenchef hat König politische Debatten nicht kommentiert. Jetzt lässt er Neubauforderungen von Meilern nicht unbeantwortet: „Phasen der großen Versprechungen der Kernenergie hat es immer wieder gegeben. Dass sie derzeit wieder so unkritisch übernommen werden, zeugt meines Erachtens auch von einem rasanten Wissensverlust in der Breite der Bevölkerung, aber auch in der Politik.“

Im Klartext sagt er damit nichts anderes, als dass die Atomdebatte inzwischen von Politikern geführt wird, die keine Ahnung vom Thema haben. Sowohl CDU-Chef Friedrich Merz als auch CSU-Chef Markus Söder oder FDP-Bundestagsfraktionschef Christian Dürr hat-

ten sich – wie viele andere Politiker – in den vergangenen Monaten etwa für den Bau neuer Meiler ausgesprochen. Sie erklären dabei gerne, dass dadurch kaum neuer Atom-müll oder neue Sicherheitsrisiken entstünden.

„Wer heute Hoffnungen in diese Technologie setzt und neue Euphorie verbreitet, blendet all die Risiken aus, die wir insbesondere mit Tschernobyl und Fukushima leider wiederholt erleben mussten“, betont dagegen König. „Derartige Technologieversprechen erscheinen immer dann besonders attraktiv, wenn der andere Weg, also konsequent auf die Erneuerbaren zu setzen, mit diversen Widerständen versehen ist.“

Zwar sei ein Diskurs nach Stand von Wissenschaft und Technik wichtig, „Fakt ist allerdings, dass sich der Bau von Atomkraftwerken sowohl zeitlich als auch ökonomisch in der Praxis völlig anders darstellt, als es versprochen wird“, sagt König.

Mehr als die atomare Zukunft hat sich König als Behördenchef und auch in seiner Zeit als Umweltstaatssekretär in Sachsen-Anhalt (1994 bis 1998) mit dem gefährlich strahlenden Erbe der Kernkraft beschäftigt. Kein leichtes Geschäft, immer wieder stieß er auf Entscheidungen zu Endlagern, die nicht auf wissenschaftlichen Fakten basierten: So trieb er die Schließung des Endlagers Morsleben in Sachsen-Anhalt voran und musste sich mit der Absicherung der maroden Schachanlage Asse in Niedersachsen und dort rostenden Atom-müllfässern herumärgern.

Dass die Endlagersuche nur zäh vorankommt, überrascht König nicht: „Die Beantwortung der Endlagerfrage ist vergleichbar mit einem Dauerlauf.“ Aus Königs Sicht droht das laufende Suchverfahren aber selbst zu einem Sicherheitsrisiko zu werden, weil die Standortbestimmung erst im letzten Quartal dieses Jahrhunderts erfolgen könnte: „Ich bin der festen Überzeugung, dass wir aus Sicherheitserwägungen heraus dies nicht einfach so weiterlaufen lassen dürfen.“ Das Suchverfahren müsse gestrafft werden, um wenigstens bis zum Jahr 2046 fertig zu werden.